

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Poststellung ins Haus für Ost-Preußen 16,- M., im Ausland 18,- M., bei freier Poststellung ins Haus für Ost-Preußen 16,- M., im Ausland 18,- M., für den Rest des Reichs 14,- M., für das übrige Ausland 21,- M., für die Schweiz 24,- M., für die Türkei 26,- M., für die Balkanländer 28,- M., für die Türkei 26,- M., für die Balkanländer 28,- M.

Die schlesische Kampfbewegung über deren Kampf lohnt 5,- M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Drucke Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif, Familien-Anzeigen und Gebrauchs-Anzeigen 3,30 M., netto pro Zeile. Einzel-Anzeigen in Wort-Anzeigen: Das fertige Drucke Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Druckerei: Zentrum 2030, 2645, 4518 4603, 4635, 4648, 4921.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Große Arbeitslosendemonstrationen in London

Zusammenstöße mit der Polizei

19. London, 19. Oktober.

Wie bereits kurz gemeldet, sind gestern in London die Arbeitslosen von den verschiedenen Ufern der Themse unter Führung von 15 Bürgermeistern der Londoner Bezirke nach Downing Street marschiert. Es waren im ganzen 7 Demonstrationen. Ein großes Polizeiaufgebot hielt die gewaltige Menge in Schach. Die Polizei mußte aber noch verstärkt werden. In den Zügen wurden rote Fahnen entrollt und es kam zu einem Kampfe zwischen der Polizei und der Menge. Die Fenster der umliegenden Regierungsgebäude wurden zertrümmert. Die kleinen Mauern zu beiden Seiten der Wohnung des Premierministers wurden zerstört. Ein Mann wurde getötet und einige 50 verletzt.

Inzwischen hatte Lloyd George die Bürgermeister empfangen, vor denen er eine Rede hielt, die aber keinen Eindruck machte. Es wurde die Frage der Uebertragung öffentlicher Arbeiten für Beschäftigung der Arbeitslosen erörtert. Die Menge zog später zum Trafalgar Square, wo sie noch eine Versammlung abhielt.

Die Wahlen in Oesterreich

Wien, 17. Oktober.

Von insgesamt 151 zu besetzenden Mandaten für den Nationalrat sind nach den vorliegenden offiziellen Berichten bisher gewählt: 57 Sozialdemokraten, 71 Christlichsozialisten, 12 Großdeutsche, 2 Mitglieder der Bauernpartei und 1 Mitglied der Bürgerlichen Arbeitspartei. Es fehlen noch die Ergebnisse aus dem Wahlkreis Krems (8 Mandate). Zu diesen 151 Mandaten kommen noch 9 Mandate aus Kärnten, die bis zur Durchführung der dortigen Wahlen von den diesjährigen Abgeordneten (4 Sozialdemokraten, 3 Christlichsozialisten und 2 Großdeutschen)

Josef Seliger

Schmerzhaft überraschend kommt die Nachricht vom Tode dieses pflichttreuen, begabten und unermüdeten Führers der deutsch-böhmischen Sozialdemokratie. Seliger repräsentierte in glücklicher Weise alle guten Eigenschaften des nordböhmischen Proletariats, aus dem er hervorgegangen war. Er wurde im Reichenberger Lande im Jahre 1869 geboren. Als Sohn eines Weberers wurde er selbst Webergeselle und kam sehr früh in die sozialistische Bewegung. Mit unermüdetem Eifer arbeitete er an seiner Ausbildung und schon in jungen Jahren gehörte er zu den führenden Genossen. Bald nach der Einigung der österreichischen Partei sah er in ihrer Parteileitung. Seliger gehörte zu jenen proletarischen Führern, die durch unermüdeten Arbeit an sich selbst mit ihren höheren Aufgaben immer mehr wuchsen. Die Abtrennung von dem übrigen Deutsch-Oesterreich zwang die deutsche Arbeiterbewegung in Böhmen vollständig selbstständig in den schwierigsten Situationen zu handeln. Seliger wurde ihr einflussreichster Führer.

Tatkraft, Besonnenheit und ein tiefes Verantwortlichkeitsgefühl zeichneten ihn aus. Seine Haupt Sorge galt der Erhaltung der Einheit der Partei gegenüber den kommunistischen Umtrieben. Noch auf dem letzten Karlsbader Parteitag setzte er sich in einer großen Rede, obwohl er bereits todkrank war, mit hinreichender Leidenschaft für die Erhaltung der Einheit der Partei ein. Er hatte Erfolg und dieser Sieg der proletarischen Vernunft verdrängte ihm die letzten Tage. Ein hochbegabter Arbeiter, ein unermüdeter Kämpfer ist mit ihm geschieden. Für das deutsch-böhmische Proletariat ist sein Tod in diesen schweren Zeiten ein kaum zu erfahrender Verlust. Auch diejenigen, die nicht in allen Fragen mit der Taktik Seligers einverstanden waren, stehen trauernd an der Bahre dieses Mannes, der viel zu früh seinem hingebungsvollen Wirken entzogen worden ist.

Die bayerische Konterrevolution

Aus München wird uns geschrieben: Die bayerische Konterrevolution rüstet zu einem neuen entscheidenden Schlag. Ueberall hat sie die Machtpositionen in Händen und die Einwohnerwehr gibt ihrer Stellung die nötige „Rechts-erhaltende“ Festigkeit. Nur einen kleinen Schönheitsfehler hat das weißblaue Bild: Die großen Gemeinden parieren noch nicht dem Kommando der Herren Eicherich, Föhner und Kahr. Dort gibt es noch Mehrheiten aus Sozialdemokraten und Unabhängigen und diesem unerhörten Zustand muß auf raschem Wege abgeholfen werden, vor allem in München. Darüber sind sich alle Orgeschleute in Bayern einig, vom Landes-hauptmann Eicherich herab bis zum letzten Wehrmann. Allein mit der Einwohnerwehr läßt sich die gewünschte Korrektur im reaktionären Schönheitsbild Bayerns nicht so ohne weiteres vornehmen, wenn sie gleich stark und mannhaft ist in bayerischen

vertreten bleiben, außerdem noch die auf Grund der Reststimmen zu verteilenden 18 Mandate.

Nach diesen bisher festgestellten Ergebnissen verlieren die Sozialdemokraten und die Großdeutschen je 6 Sitze, davon die Großdeutschen 2 an die von ihnen abgesplitterte Bauernpartei; die Jüdisch-Nationalen und die Tschechoslowaken verlieren je ein Mandat; die Christlichsozialen gewinnen 12 Mandate. Von den gewählten Sozialdemokraten sind zu nennen die Staatssekretäre Dr. Renner und Hanusch, sowie Friedrich Adler; von den Christlichsozialen Staatssekretär Maaz, Präsident Hanzer und Fink und von den Großdeutschen Präsident Dinghofer.

In den feierlichen Landtag wurden 30 Christlich-Soziale, 22 Sozialdemokraten, 8 Großdeutsche und 6 Bauernbündler gewählt. 4 Mandate für den Landtag werden im zweiten Ermittlungsverfahren besetzt.

Eine Rede Lenins

19. London, 19. Oktober.

Ein Radiotelegramm aus Moskau meldet, daß Lenin auf der Konferenz der Präsidenten der Sowjets, die am 15. Oktober in Moskau eröffnet wurde, eine wichtige Rede über die allgemeine Politik Rußlands gehalten habe. Er führte aus, daß angesichts der militärischen Lage der Roten Armee der Frieden mit Polen weniger vorteilhaft für Rußland sei, als wenn er vor dem Marsche auf Warschau abgeschlossen worden wäre. Unsere Sache bleibt angesichts der wirtschaftlichen Lage der ganzen Welt fest und unumstößlich. Wo sich die Rote Armee der polnischen Grenze näherte, schlug uns Lord Curzon im Namen des Völkerbundes vor, dem Kriege ein Ende zu machen. Wir haben ihm geantwortet, daß wir uns um den Völkerbund nicht kümmern. Zum Schluß sprach Lenin in längeren Ausführungen über die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Rußlands, die er durch verschiedene statistische Darstellungen bekräftigte.

Gauen. In Sonthofen hat der Orgesch-Hauptling aufs neue versichert, daß die bayerischen Einwohnerwehren ihre Waffen nie und nimmer abliefern werden und das Bayern im Kampf gegen den Bolschewismus der ruhende Pol, der „Krisisaktionspunkt“ sei, um den herum sich alles gruppiert.

Zum Glück für die Orgeschleute existieren in Bayern noch Bürgergerräte.

In ihnen sehen sie die Rettung. Gemeinsam mit den Mächtigen der illegalen Bayerischen Volkspartei spannten sie den Münchener Bürgererrat vor ihren Wagen, der dann prompt einen Aufbruch an die Münchener Fronte, in dem die Münchener Speisegerat werden, ab dieser „alten Gewandbüchse der Demokratie hohnsprechende Zustand“ (die sozialdem-unabhängige Rathausmehrheit) auf Kosten der Stadt noch jahrelang dauern soll. Es werden dann Neuwahlen verlangt und die Bürgergerräte aufgeföhrt, schriftlich entsprechende Erklärungen beim Bürgererrat abzugeben. In Berlin will sich die Bourgeoisie der neuen sozialistischen Mehrheit nicht fügen und in München schreit sie nach „Demokratie“. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ sind noch deutlicher und zeigen, daß es sich nicht um die Demokratie handelt, sondern lediglich um Erfüllung nachgeleiteter Klasseninteressen. Sie erklären einen Volksentscheid für viel zu umständlich und verlangen vom Landtag ein Spezialgesetz — auf deutsch: Ausnahmegesetz —, durch das einfach für München Neuwahlen bestimmt werden.

Das bayerische Selbstverwaltungsrecht sieht einen Volksentscheid vor. Wenn ein Viertel der Anzahl der bei der letzten Gemeindevwahl in die Wählerlisten eingetragenen Wahlberechtigten Neuwahl beantragt, ist den Wahlberechtigten Gelegenheit zu geben, darüber abzustimmen, ob der Stadtrat sich einer Neuwahl zu unterziehen hat. Der Bürgererrat hat die nötige Zahl der Unterschriften gesammelt und beim Stadtrat den formellen Antrag auf Abstimmung über Neuwahlen vorgelegt. Nun werden zwar die Unterschriften des Bürgererrats nicht anerkannt werden können, aber in den vom Stadtrat aufzulegenden offiziellen Listen wird die verlangte Stimmenzahl wohl ohne weiteres zustande kommen, um den Volksentscheid herbeizuföhren. Nachdem bei der letzten Gemeindevwahl rund 360 000 Wahlberechtigte in München waren, müßten über 180 000 Stimmen für die Neuwahl abgegeben werden. Gelingt es dem Bürgererrat nicht, diese Zahl aufzubringen, dann bleibt der gegenwärtige Stadtrat bis 31. Dezember 1924 im Amt, wenn nicht der Landtag das von den „Münchener Neuesten Nachrichten“ verlangte „Spezialgesetz“ beschließt. Bei den Mehrheitsverhältnissen im bayerischen Landtag ist aber ohne weiteres damit zu rechnen, daß er ein Ausnahmegesetz gegen die Münchener sozialistische Rathausmehrheit beschließt, so daß es in München im Januar 1921, gleichviel wie der Volksentscheid ausfällt, zu Gemeindevahlen kommen wird.

Die Münchener Arbeitergerräte haben die Neuwahlen nicht zu scheuen. Aber sie muß alle Kräfte einsehen, um den konterrevolutionären Angriff auf das Münchener Rathaus in einen Sieg des Proletariats umzumünzen.

Der Streik in England

Der Kampf der englischen Bergarbeiter ist ein einfacher Lohnkampf, insofern als das Streitobjekt eine Lohnforderung ist. Große Bewegungen so außerordentlich wichtiger Arbeitergruppen sind indes niemals ausschließlich Angelegenheit der um die Lohnhöhe streitenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Sie müssen stets von starker Wirkung und Rückwirkung auf die Dessenlichkeit, auf Gesellschaft, Staat und Wirtschaft und — nicht zuletzt — auf die Arbeiterbewegung selbst sein. In einem Industrielande wie England gilt alles das doppelt von einem Streik der Kohlenarbeiter. Sieg oder Niederlage werden von großer Bedeutung sein für die Zukunft der Arbeiterbewegung, vorausgesetzt, daß der Streik von größerer Dauer ist und sein Ausgang eine Entscheidung in dem einen oder anderen Sinne bringt. Andere Arbeitergruppen und ihre Organisationen werden hineingezogen werden und alle Folgen der Bewegung werden auch sie zu spüren bekommen.

Nach wochenlangen Verhandlungen zwischen der Bergarbeiterorganisation, den Unternehmern und der Regierung ist der Streik unvermeidlich geworden. Um es von vornherein zu sagen: die Situation ist für die kämpfenden Bergarbeiter nicht günstig. In der verflochtenen Zeit der Verhandlungen hat sich gezeigt, daß die gesamte Dessenlichkeit sich gegen den Streik wendet, nicht nur die sogenannte bürgerliche Dessenlichkeit, sondern auch große Teile der Arbeitergerräte. Als reine Lohnbewegung interessiert der Kampf nur die Bergarbeiter und es ist keine Möglichkeit vorhanden, dem Streik eine Parole zu geben, die das Interesse der Arbeiterklasse hervorzurufen vermag. Im Gegenteil müßte die ursprüngliche mit den Lohnforderungen der Bergleute verknüpfte Forderung auf Herabsetzung des Preises für Hausbrandkohle zurückgestellt werden.

In dieser Situation warnte Robert Smillie vor dem Streik. Gegen seinen Willen und seinen Einfluß wurde der Streik beschlossen. Worin wir jedoch keinen „Verrat“ des alten Bergarbeiterführers sehen dürfen, was die Engländer selbst am wenigsten tun, sondern nur ein Zeichen dafür, daß die Bergarbeiter eine Lohnerhöhung für so brennend notwendig halten, daß sie selbst gegen den Rat des bewährten Taktikers in den Ausstand traten, nachdem das Ergebnis der Verhandlungen sie enttäuscht hatte.

Die Unternehmer haben die Zahlung höherer Löhne abhängig gemacht von einem Steigen der Produktionsziffer. Das war ihr „Zugeständnis“ bei den Verhandlungen. Wie die Berechnung erfolgen soll, ist bisher unklar. Es ist nicht anders möglich, als daß der Vorschlag der Unternehmer hinausläuft auf ein Prämien-system, bei dem für eine Mehrleistung ein Mehrlohn an den einzelnen Arbeitern gezahlt wird. Da die Grubenbesitzer — genau wie bei uns — nicht daran denken, Mittel zur Steigerung der Fördermengen zur Verfügung zu stellen in Form von technischen Verbesserungen, so ist die Vermehrung der Produktion nach dem Ansinnen der Unternehmer nur möglich durch stärkere Anspannung der einzelnen Arbeitskraft. Dazu kommt, daß ein solches System dem Solidaritätsbewußtsein der geschulten englischen Gewerkschaftsmittglieder widerspricht, denn es würde eine Konkurrenz unter den Arbeitern herbeiföhren, die von nachteiligster Wirkung auf die Gewerkschaftsbewegung sein müßte. Darum lehnen die englischen Bergarbeiter den Vorschlag der Unternehmer aus grundsätzlichen Bedenken ab.

Das bedeutet, daß sie vor dem Nichts stehen. In den langen Verhandlungen haben die Unternehmer nicht das mindeste Entgegenkommen gezeigt. Darum ist die Erregung begreiflich, die zu dem Streikbeschluß geführt hat. Die Bergarbeiter halten an ihrer Forderung einer bedingungslosen Lohnerhöhung von zwei Schilling fest. Diese Forderung ist durch die auch in England wachsende Teuerung vollkommen begründet.

Smillie wollte eine unparteiische Untersuchung über den Stand der Grubenindustrie in England herbeiföhren, eine Untersuchung, wie sie in England gewöhnlich unter härtester Anteilnahme der gesamten Dessenlichkeit stattfindet. Smillie hoffte — nicht ohne Grund — die Stimmung der Dessenlichkeit, die in England für den Ausgang größerer Bewegungen noch weit wichtiger ist, als anderwärts, auf solche Art für die Forderungen der Bergarbeiter günstig zu stimmen. Die Führer der Transportarbeiter und Eisenbahner waren mit Smillie einig. Diese beiden Organisationen, die mit den Bergarbeitern im „Dreibund“ kartelliert sind, beteiligen sich auch zunächst nicht an der Bewegung, aber es ist wahrscheinlich, daß sie bei längerer Dauer des Streiks hineingezogen werden, wenn sie, wie zu erwarten ist, nicht bald vermittelnd auftreten. Die Bergarbeiter haben das Eingreifen anderer Organisationen bisher auch nicht gewünscht.

Alle Bedenken der Führer werden indes nicht hindern, daß der Kampf nun, nachdem er ausgebrochen ist, mit der ganzen Kraft der englischen Gewerkschaftsbewegung geführt wird. Und besonders Smillie wird alles aufbieten, um den Streik zu einem für die Arbeiter günstigen Ende zu führen.

Die Regierung, die anfangs Einigungsversuche machte, läßt nun der Bewegung ihren Lauf, auch ein Zeichen dafür, daß sie glaubt, sie kann ihrer Sache sicher sein. Sie hofft wohl sogar, daß die Organisationen der Arbeiter durch einen ungunstigen Verlauf des Streiks, den die Regierung erwartet, größeren und dauernden Schaden nehmen können. Schon einmal, kurz vor der letzten Streikabstimmung, wurde das Gerücht verbreitet, die Bergarbeiterorganisation sei von einer Spaltung bedroht. Darin aber dürften sich die Herren täuschen. Die englische Arbeiterbewegung hat schlimmere Krisen glücklich überstanden und der Wunsch der Bourgeoisie wird sie nicht zerstören. Einstweilen beginnen einzelne bürgerliche Presseorgane eine Heiße gegen die Streikenden. Sie malen die Revolution an die Wand, ein demagogischer Trick, wenn er von bürgerlicher Seite ausgeht, und eine falsche Einschätzung der Situation, wenn etwa die Arbeiterschaft anderer Länder an einen solchen Charakter der Bewegung glauben sollte.

Die Bewegung ist eine Lohnbewegung und die Bergarbeiter selbst werden alles daran setzen, um dieses Wesen ihres Kampfes nicht verwischen zu lassen. Das hindert uns indes nicht, den Streik, der heute all gemein ist, mit dem stärksten Interesse zu verfolgen. Das schließt auch nicht aus, daß die Bewegung unversehens andere Formen und größeren Umfang annimmt, denn auch England ist erfüllt von Krisenluft. Es ist sogar wahrscheinlich, daß die Erregung der Bergarbeitermassen auf andere Arbeiterschichten übergreift. Schon jetzt wird in einigen Eisenbahnverksammlungen der sofortige Sympathiestreik gefordert und in Cleveland sind die Arbeiter der Eisenerzgruben gleichzeitig mit den Kohlenarbeitern in den Ausstand getreten. Die englische Regierung aber rüstet ebenfalls. Sie hat die Ausfuhr von Kohle verboten und die Verteilung der Kohle strenger geregelt.

Unsere volle Sympathie gehört den englischen Kämpfern, wie unsere Reichstagsfraktion schon zum Ausdruck gebracht hat.

Der Mohr kann gehen

Zur Ausweisung Sinowjews und Losowskys

Wir haben schon gestern Abend unser Urteil über die Ausweisung von Sinowjew und Losowsky abgegeben. Es ist ein sinnloser Gewaltakt, der Sinowjew mehr nützen dürfte, als die wenigen Neben, die er noch in Deutschland gehalten hätte. So plump das Mittel der Ausweisung auch in der Politik ist, so planmäßig und berechnet ist es diesmal angewendet worden. Sinowjew wurde in Deutschland eingelassen, weil nicht nur die russische kommunistische Regierung, sondern auch die deutsche reaktionäre das höchste Interesse an der Erfüllung seiner Mission hatte: an der Spaltung unserer revolutionären Massenpartei. Sinowjew wurde nach Halle geschickt, um den Schnitt möglichst weit rechts durch unseren Parteikörper zu ziehen, und die deutsche Regierung konnte das nur billigen, da sie die überlegten planmäßigen Aktionen unserer Massenpartei viel mehr zu fürchten hatte als die Putschereien der Kommunisten, die auch nach der Aufnahme der Neukommunisten nur einen Bruchteil unserer früheren Stärke vorstellen werden. Hätte Sinowjew in Halle sein Ziel nicht erreicht, — die Regierung hätte ihn noch zehn Wochen in unseren Versammlungsläden wählen lassen, bis er die Spaltung — sein Ziel und sein Ziel — erreicht hätte, das, wie so viele andere Moskauer Taten, in der Wirkung konterrevolutionär ist.

Die reaktionäre Presse tobte gegen die Regierung, daß sie Sinowjew überhaupt hereingelassen hatte, und strahlte nun vor Freude über die Ausweisung. Diese plumpen Säbelpolitiker verstanden die raffinierte Absicht der Regierung nicht, oder sie wollten sich noch dümmer als sie sind, um ihre Durchführung zu sichern. Offen bekennend dagegen das „Berliner Tageblatt“, was die Regierung mit der Einreise-erlaubnis bezweckt hatte. Es schreibt:

„Die Reichsregierung hatte keine Veranlassung, Sinowjew zu verhindern, den Zerlegungsgang innerhalb der radikalen Kreise so wieksam zu beschleunigen, wie er das in Halle getan hatte. Keine Regierung kann es sich aber gefallen lassen, daß ein Ausländer den offenen Bürgerkrieg in ihrem Lande predigt.“ Das ist eine geradezu amtliche Bestätigung unserer Auf-

fassung. Sinowjew war in Deutschland das Spielzeug von Sinnes. In seiner Wirkung hat er hier als „Agent der Bourgeoisie“ gearbeitet. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.

Das große Verbrechen

Wie Sinowjew zitiert

Auf dem Parteitag in Halle zitierte Sinowjew den Brief eines in Deutschland lebenden russischen Genossen zum Beweise für die Notwendigkeit der 21 Bedingungen. Dieser Brief war einem Delegierten der Rechten zur Übermittlung an Sinowjew zugegangen. Wir sind daher in der Lage, den Brief wortgetreu wiedergzugeben. Der Brief lautet:

Borna, 12. Oktober 1920.

Liebe Genossen Sinowjew und Bucharin.

Nachdem ich erfahren habe, daß Sie am Parteitag der U. S. P. in Halle teilnehmen werden, erlaube ich mir einige Worte an Sie zu richten. Ich stehe in den Reihen der U. S. P. natürlich auf dem linken Flügel und habe Ihre 21 Punkte gelesen, die die Genossen Lenin und Trotski den deutschen U. S. P. vorgelegt haben für den Anschluß an die dritte Internationale. Ich weiß sehr gut, und muß die Wahrheit sagen, daß die U. S. P. vom ersten Revolutionstage an den Weg nach Moskau gesucht hat und recht gut in ihren Organen geschrieben, das Proletariat organisiert und zum Kampfe, zur Verteidigung und Unterstützung der russischen Genossen aufgefordert hat. Sie hat auch eine scharfe Kontrolle von der Regierung verlangt und die Kontrolle der Entente-Transporte gegen Sowjetrußland selbst in die Hand genommen. Aber jetzt, nachdem die deutschen Genossen aus Rußland zurückgekehrt sind, begann eine Verwirrung und Zersplitterung der Partei. Natürlich sind auch die Führer ein wenig daran schuld. Sie begannen gegen die Punkte zu agitieren, die Massen dachten aber, daß es dabei gegen Moskau gehe. Und vergessen Sie auch nicht, Genossen, daß es in der U. S. P. viele Genossen vom rechten Flügel gibt, die gegen das Moskauer Diktat sind. Ich habe genug für Moskau gesprochen, und ich bin selbst gegen alle Punkte. Wir können nicht Rußland mit Deutschland, weder in ökonomischer noch in politischer Hinsicht vergleichen. Wir stehen als Sozialrevolutionäre Schulter an Schulter im Kampfe für die Befreiung des internationalen Proletariats und für die Beseitigung der Reaktion. Wir kämpfen alle für ein und dasselbe Ziel.

Teure Genossen, laßt den deutschen Kapitalisten nicht die Freude und gefaltet nicht die Zerrüttung und die Spaltung der Partei, die ihre Autonomie haben muß. Ihr solltet erwägen, daß, wenn es nicht zu einer Einigung kommt, viele Genossen der Partei ausgeschieden werden und wohin sie aber gehen werden, ist uns unbekannt. Für das Bürgerium jedoch ist die Schwächung der Partei eine Freude.

Ich kann Ihnen nicht viel schreiben, ich wäre froh, wenn ich mit Ihnen persönlich sprechen könnte.

Mit genossenschaftlichem und brüderlichem

Gruß

Ich selbst bin in Wilna geboren, lebte in Rußland, war Soldat und lebe jetzt das fünfte Jahr in Deutschland.

Daraus geht hervor, daß der Brief einen ganz anderen Inhalt hat, als Sinowjew auf dem Parteitag behauptete. Sachlich aber ist von großer Bedeutung, daß auch dieser Genosse die Unmöglichkeit der Durchführung der 21 Bedingungen betonte, und daß seine flehentlichen Bitten, die russischen Genossen möchten von ihren verbrecherischen Plan absehen, die deutsche U. S. P. zu spalten, einfach in den Wind geschlagen wurden.

Zurückweisung

Die Bremer „Arbeiterzeitung“ schreibt: „Sinowjew hat es auf dem Parteitag in Halle für notwendig gehalten, zur Anpreisung der 3. Internationale die deutschen freien Gewerkschaften in der gemeinsten, schmutzigsten Weise zu beschimpfen und zu beschuldigen. U. a. bezeichnete Sinowjew die Gewerkschaften für reaktionärer als die Organe! Die Vertrauensleute der U. S. P. im Metallarbeiterverband Bremen erklärten, daß sie durch diese Anwürfe des Verbändeten von Enver Pascha, dem Armenterschächter und Intimus Wilhelms des Zweiten, nicht getroffen werden können. Sie protestieren energisch gegen diese Beschimpfungen und weisen es weit von sich, mit dergleichen Elementen in eine internationale Kampfgemeinschaft zu treten.“

Nus Waldeyers Erinnerungen

Wilhelm von Waldeder, der berühmte Berliner Anatom, der mit der medizinischen Wissenschaft des letzten halben Jahrhunderts aufs engste verknüpft ist, hat — im Verlag von Friedrich Cohen-Korn — seine Lebenserinnerungen veröffentlicht. Der große Gelehrte, der jetzt im 88. Lebensjahre steht, hat auch weite Reisen in beiden Hemisphären gemacht, und er weiß aus dem Schatz seiner Erlebnisse vielerlei zu erzählen. Aus den Aushängedogen des Buches, das demnächst ausgegeben werden wird, können wir dank dem Ungegenommen der Verlagshandlung schon heute Proben geben.

Die Gasküche und die Verzehrmittel stehen derzeit in Spanien noch vieles zu wünschen übrig, namentlich in Bezug auf gewisse Verhältnisse, die als Gegenstände zu den Speisewagen in Ordnung stellen, so müssen Einnahmen und Ausgaben in ein von der Natur vorgegebenes und eingerichtetes Gleichgewicht gebracht werden, wobei man viel leichter mit den Einnahmen einmal im Rückstande bleiben kann als mit den Ausgaben. Man kann also leichter den Speisewagen in einem Zuge entleeren, als die Ausgabeküme. Diese aber waren damals in Spanien nirgends in den Zügen vorgegeben, und die Erfahrungsräume auf den Halteplätzen waren meist in einem entsetzlichen Zustand, so daß man erstreckt zurückfuhr, wenn man es gewagt hatte, die Tür zu öffnen. Aber die Eingeborenen mußten Rat. Als ich von Cadix nach Granada fuhr, kam ich in einem Abteil mit einer spanischen Familie zusammen: Vater, Mutter und drei Kinder. Die Mutter hatte sorgfältig eine Flasche Wasser sowie ein gewisses Geschirz mit, das als ein wahrhaft internationales Objekt zu bezeichnen ist, da es, soweit meine nicht geringe Erfahrung reicht, in allen Ländern dieselbe charakteristische Form besitzt. Mit Hilfe dieses Geschirres konnte denn auch den Kindern die nötige Flüssigkeit geboten werden, wozon sie öfters Gebrauch machten. Die Flasche Wasser und die Wohlthätigkeit, die Fenster zu öffnen, erwiesen sich dabei als höchst nützlich. Ich dachte an den Spruch: „naturalia non sunt turpia“ und befürchte meine Reisegesellschaft nicht durch Überbelästigung merkte, meine völlige Aufmerksamkeit der zu durchfahrenden Gegend zu. Ein Glück nur, daß wir Erwachsenen unsere Ausgaben vorher in Ordnung gebracht hatten.

Auf der Reise in die Vereinigten Staaten hatte ich Gelegenheit, die guten Eigenschaften der nordamerikanischen Regier kennen zu lernen. Ich vermißte eines Morgens beim Entlassen den Mann, der mir bis dahin die kleinen Morgendienste geleistet hatte. Sein Erghmann sagte mir auf Befragen, daß Tommo erkrankt sei. Ich ging sofort zu ihm, kummerte mich um ihn und konnte ihm einen guten Rat geben, durch dessen Befolgung er bis zum anderen Morgen wieder zu Wohlsein gelang. Seit dieser Zeit waren alle Regier in unserem Zuge bemüht, mir ihre Dankbarkeit zu beweisen; wo sie mir einen Wunsch

sozulegen an den Augen ablesen konnten, waren sie gleich alle bereit, ihn nach Möglichkeit zu erfüllen. Als unser Zug in St. Louis sein Endziel erreichte und wir uns trennten, kamen alle Regier zu mir und dankten mir in zühender Weise, daß ich so gut zu einem ihrer Kameraden gewesen sei; dieser selbst wußte gar nicht, was er tun sollte, um mir seine Dankbarkeit zu beweisen.

Proletarisches Theater

Kannmehr hat ein „Proletarisches Theater“ mit der Aufführung von 3 Charakteren seine Tätigkeit in der Halenheide begonnen. Es ist nur ein Anfang, sogar ein dürftiger Anfang. Viele unter uns haben mehr erwartet. Die Stücke und Spieler sind nicht hervorragend, das Beste des Abends war vielleicht noch das Programm, ihr werdet euch über bürgerliche Beleuchtungsmöglichkeiten geärgert haben, aber endlich hört man nun von der Bühne herab, von den Leiden der russischen Brüder, ihr hört von der Bühne herab das Bekenntnis zur 3. Internationale. Das Theater ist auch ein Mittel im Kampf mit der Bourgeoisie. Ihr geht in die Kinos und bürgerlichen Theater, dort durchdringt man euch mit bürgerlichen Ideen, hachelt eure Kleinbürgerlichen Triebe, macht euch müde. Deshalb müßt ihr ein eigenes Theater haben, wo nur von euren Dingen geredet, von euren Spielern gesprochen wird, wo ganz aus proletarischem Empfinden heraus ein proletarisches Weltbild im Rahmen einer dramatischen Handlung geschaffen wird. Heute haben wir keine Zeit zum Kunstgenuss. Ein proletarisches Theater ergänzt die Rednertribüne. Ihr braucht nicht zu fürchten, daß man eure Sensationslust stillen möchte, um euch deshalb das Geld aus der Tasche zu loden. Dies Theater ist nur ein Anfang, aber es weist doch einen Weg. Ka.

Revolutionshochzeit

(Erfassung im Deutschen Opernhaus.)

Das Souper ist in den D'Albert-Opern ein typischer Handlungsfaktor. Wenn man eben noch denkt, dem gabelnden Jakobinerleutnant fliegt ein Stück Kalbsbraten beim Singen aus dem vollgestopften Maul, so ist man sich im nächsten Augenblick darüber klar, daß etwas Dramatisches geschehen muß (denn wo sollte D'Albert die melodischen Einfälle hernehmen, um ein Kolofopter bis zum Dessert mit Musik zu dekorieren). Und richtig! Die Revolutionäre bringen ins Schloß, der Königsleutnant Ernest wird zum Tode verurteilt und der exaltierende Revolutionsoffizier Marc-Arnon nach einem Liebeslauf und Revolutionsovert an seiner Stelle erschossen. — Obgleich er es in allem so leicht macht, der gefällige Eugen D'Albert — er ist doch ein Arey. Je mehr Opern er heßt, desto weniger läßt sich von Abstieg zu Abstieg darüber sagen, wenn man nicht in D'Alberts eigene Schwäche verfallen will, sich ständig zu wiederholen und selbst zu plagieren.

Die Diktatur in der Praxis

In Hannover, einem Eldorado des Neukommunismus, wo man schon während der Diskussion so weit ging, die Gegner der Moskauer Bedingungen einfach aus der Partei auszuschließen, hat man sich bereits am Montag mit Gewalt in den Besitz der Genossenschaftsdruckerei „Volkrecht“ gesetzt und die Ausgabe der bereits gedruckten Zeitung, die das Manifest der Unabhängigen Sozialdemokratie und den Organisationsentwurf enthielten, verhindert.

Dieser Gewaltstreik ist natürlich rechtlich unhaltbar. Ueber den Besitzwechsel kann nur die ordnungsgemäß einberufene Generalversammlung der Verlagsgenossenschaft entscheiden. Politisch bedeutet er nichts weiter, als die praktische Anwendung der Moskauer Methoden, nach denen nicht Recht und Ueberzeugung entscheidet, sondern die brutale Gewalt.

In Frankfurt a. Main haben ebenfalls in der Nacht zum Montag die Neukommunisten versucht, das Parteiorgan „Volkrecht“ gewaltsam in ihren Besitz zu bringen. Sie haben aber ihren Mann gefunden. Der Handstreich wurde vereitelt und die Eindringlinge mußten wieder abziehen.

Ein Aufruf der Frankfurter Genossen

Aus Frankfurt wird uns berichtet: Die Parteileitung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Frankfurt a. M., die Stadinerordnenstraktion der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, der Vorstand der Frankfurter Genossenschaftsdruckerei und der Verlag des „Volkrechts“ erlassen an die Parteigenossen und -genossinnen einen Aufruf, in dem es heißt:

Rechtlos wurde das Werk zerstört, das mit so viel Mühe, Arbeit und Opfer aufgebaut war. In blinder Leidenschaft zerstörte man die Einheit der Partei, die der Kommunistischen Partei gepflegt werden soll. Gerade die entschieden revolutionäre Politik der U. S. P. D. hat ihr das weitgehendste Vertrauen der deutschen Arbeiterschaft eingebracht, so daß sie in kurzer Zeit von einem kleinen Häuflein zur Massenpartei wurde. Diese Massenpartei soll jetzt Werkzeug einer Führerclique werden. Moskaus Wille soll bindendes Gesetz für das Weltproletariat sein! Eine Führerdiktatur ohnegleichen soll ausgerollt werden! Verwerflicher Putschismus anstatt erfolgreicher Klassenkampf wird die Folge sein. Diese Taktik muß das deutsche Proletariat ins Verderben stürzen. Wer Kommunist ist, mag zur Kommunistischen Partei Deutschlands übertreten und deren Wahnsinnsakt mitemachen. Die selbständige unabhängige Sozialdemokratie aber muß erhalten bleiben! Wir sind jederzeit zu einer Verständigung und zum Austausch an die dritte Internationale unter Wahrung unserer Autonomie bereit. Wir müssen aber im wohlverstandenen Interesse des deutschen Proletariats selbst entscheiden, was und wie der entscheidende Kampf mit den Mächten der Vergangenheit aufzunehmen ist.

Der Wiederzusammentritt des Reichstages

Am heutigen Dienstag nimmt der Reichstag seine Arbeit wieder auf. Die heutige Tagesordnung weist nur kleine Vorlagen auf. Die Hauptarbeit des Reichstages wird erst in den nächsten Tagen beginnen.

Reichskanzler Fehrenbach empfing, wie gemeldet wird, am Montag vormittag die Führer der Reichstagsfraktionen mit Ausnahme der Unabhängigen Fraktion. Vorbehaltlich der endgültigen Stellungnahme des Verfassungsausschusses, der am Dienstag vor der Vollversammlung zusammenzutreten wird, ist man dahin übereingekommen, daß in dieser Woche nur kleinere Vorlagen erledigt werden sollen. Ein Tag soll für die Fraktionensitzung frei bleiben. An größeren Vorlagen gelangt nur der Haushaltsplan in die erste Lesung, und zwar wird sich daran keine größere Aussprache knüpfen. Mit Rücksicht auf den von Sonntag bis Mittwoch nächster Woche stattfindenden deutschnationalen Parteitag soll die allgemeine politische Aussprache am Mittwoch oder Donnerstag nächster Woche beginnen. Sie wird eingeleitet werden durch Reden des Reichskanzlers Fehrenbach und des Reichsfinanzministers Dr. Wirth.

Immer wieder ein paar neue Instrumentationsgeschicklichkeiten (diesmal sogar eine starke Nuance ins dissonante Klangreich), das ewiggleiche schlagmilde Gewühl im Orchester, die togehehene Interwalle in der Melodie, das rasende Pathos anstelle dramatischer Wucht und die Reiztative, die Reiztative... Von den Schauspielern war nur Rudolf Hübner als Revolutionsoffizier seiner Doppelrolle gewachsen; er gestaltete Leidenschaft und Entschlossenheit mit innerlicher Dynamik; Hertha Stollenberg (Alain d'Estolle) krampt sich immer leiser an ihr System fest, weil sie lang faden zu singen, um im Schlußakt mit ein paar dramatischen Bräutlingen siegreich die Situation zu retten. Windlich.

Maria Joergin als „Martha“ in der Staatsoper. Wie Göttergötter, die auf Wasserstrahlen tänzeln, ist sie kristallklar ihre Stimme auf höchsten Gipfeln. So gesund, so sicher ist ihr Klang, als käme er von einem Böckchen, das in den Morgen aufsteigt — auch so zart. So zerknirschlich kostbar wie ein Rippes, so sein vibrierend wie plamisches Gekloppe, daß nur beherzester Orchesteratom ihre Töne trägt. — Lange wäre die Uebergangsoper Plotzlos verfunken, wenn nicht noch manchmal aus ihrer Melodiequelle ein Kollekchen seine Singfreude trank.

In der Staatsoper ist die Erstaufführung von C. N. Reyniers „Ritter Blaubart“, ein Märchenstück in drei Aufzügen, Text von Herbert Eulenberg, am 31. Oktober unter musikalischer Leitung des General-Musikdirektors Leo Blech.

Carl Haffsien, einer der längst überlebten aus der Reihe der neueren Dichter, ist in seiner schwäbischen Heimat, lechundfünftzigjährig nach kurzer Krankheit einem Gehirnslage erlegen. Seit langem eigentlich war Haffsien's Entwicklung schon abgeschloffen. Friedlich und idyllisch sind seine Gedichte in Prosa gestimmt, die „Von Mittag und Sonne“ heißen. Mit vollen Segeln war Haffsien vor mehr als dreißig Jahren ins wogende Leben hinausgeschifft. Ursprünglich Buchhändler, kam er schon in den achtziger Jahren aus Stuttgart nach Berlin, und im Friedrichshagen Kreis der naturwissenschaftlichen Literaturrevolutionäre fand er Anschluss an die Strömungen jener Tage. Er trieb Literaturgeschichte und schrieb selbst Literatur, naturwissenschaftliche Dramen wie „Toni Stürmer“ oder „Martin Behnhardt“, worin er innerliche Freiheit und dogmatischen Gottesbegriff in hartem Kampf widerstandener freiten ließ. Aber der Bühnenerfolg blieb ihm verjagt. Lange Zeit hatte er den „Pan“ redigiert, die Zeitschrift, die seinem Geschmack ihr anspruchsvolles Gewand verdankte. Am meisten geliebt wurde sein Roman „Jost Seyfried“. Aber auch er wird im Sturm künftiger Tage verwehen.

Die Aufführung von Ernst Tollers neuem Werk „Waffelmann“, ein Stück aus der sozialen Revolution des 19. Jahrhunderts, hat der Intendant des Ränberger Stadttheaters Wilt

Organisations-Grundlinien

(Beschl. auf dem Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie in Halle am 17. Oktober 1920.)

In Ergänzung der auf dem Parteitag zu Gotha, Berlin und Leipzig beschlossenen Bestimmungen für die Organisationen der U. S. P. D. hat der Parteitag zu Halle 1920 folgendes beschlossen:

Mitglied der Partei ist, wer das Aktionsprogramm der U. S. P. D. beschlossenen auf dem Parteitag zu Leipzig am 5. Dezember 1919 sowie die Beschlüsse der Parteitage anerkennt und die Beiträge der Partei entrichtet. Ueber die Ausnahme entscheidet der örtliche Vorstand, endgültig die Bezirksleitung.

Die Mitgliedschaft erlischt, wenn das Mitglied den Beschlüssen der Parteiorganisation nicht nachkommt, für eine andere politische Organisation Propaganda treibt, aus der Partei austritt, oder länger als 13 Wochen mit den Mitgliedsbeiträgen im Rückstand bleibt. Gegen die Aberkennung der Mitgliedschaft ist Einspruch bei der Bezirksleitung und im weiteren Verlauf an den Parteitag zulässig.

Kein Mitglied der U. S. P. D. darf einer anderen politischen Organisation angehören.

Mitglieder, welche die 21 Anschlussbedingungen der Kommunistischen Internationale anerkannt haben, haben sich damit verpflichtet, ihre Mitgliedschaft in der U. S. P. D. aufzugeben und sich der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der dritten Internationale) anzuschließen, sie haben mit Anerkennung der Bedingungen angehört, Mitglieder der U. S. P. D. zu sein.

Alle diese Mitglieder sind aus den Mitgliedsverzeichnissen zu streichen, sie können öffentliche Ämter oder politische Betreibungen im Namen der Partei nicht mehr ausüben.

Treten Orts-, Kreis- oder Bezirksorganisationen geschlossen der Kommunistischen Partei bei, oder suchen sie unter dem Deckmantel der U. S. P. D. die Geschäfte der Kommunisten zu besorgen, so sind neue Organisationen ins Leben zu rufen.

Da nach den Anweisungen Lenins die Kommunisten sich selbst mit List oder Betrug oder Verschmelzung ihrer Mitgliedschaft in anderen Organisationen einschließen wollen, so ist bei Aufnahme neuer Mitglieder sorgfältig zu verfahren.

Parteilämter kann nur derjenige bekleiden, dessen Zuverlässigkeit nachgewiesen ist, oder der mindestens ein Jahr der U. S. P. D. angehört.

Zu Kandidaten für öffentliche Ämter, zu den Gemeinde-, Bezirks-, Kreis- und Provinzialkörperschaften, Landtage und Reichstag kann nur vorgeschlagen werden, der mindestens drei Jahre der U. S. P. D. angehört. Das Gleiche gilt für die Delegationen zum Parteitag. Ausnahmen können nur mit Zustimmung der Bezirks- bzw. der Zentralleitung zugelassen werden.

Die Zentralleitung besteht aus dem Vorstand und dem Beirat. Der Vorstand ist aus Berlin und Umgegend, der Beirat aus den übrigen Bezirken zu wählen.

Der Vorstand besteht aus zwei Vorstehenden, den Sekretären und den Beisitzern unter denen eine Genossin sein muß.

Die Zentralleitung hat die politischen und organisatorischen Geschäfte zu führen, Massenaktionen vorzubereiten und durchzuführen, die grundsätzliche und taktische Haltung der Parteipresse zu überwachen und die geschäftlichen Unternehmungen der Partei zu kontrollieren. Sie hat das Recht, an den Zusammenkünften aller Parteikörperschaften beratend teilzunehmen, bei Aufstellungen von Bewerbern zu den Landtagen und dem Reichstag mit zu beraten und zu entscheiden.

Die Zentralleitung ist nicht befugt, Kreis- oder Bezirksangelegenheiten zu besorgen. Zuschüsse zu deren Besoldung hat sie an die Bezirksleitungen abzugeben.

Der Parteitag setzt sich aus Delegierten der Bezirksorganisationen zusammen. Die Gesamtzahl der Delegierten darf nicht mehr als 400 betragen. Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Bezirke erfolgt nach der Mitgliederzahl, für die am letzten Vierteljahresabschluß Pflichtbeiträge an die Zentralleitung abgeführt worden sind. Jeder Bezirk erhält mindestens einen Delegierten.

Die weiblichen Mitglieder sind im Verhältnis ihrer Zahl bei der Delegiertenwahl zu berücksichtigen.

Beschluhsrecht auf dem Parteitag haben nur die gewählten Delegierten.

Soweit Beschlüsse der Parteitage von Gotha, Berlin und Leipzig mit diesen Vorschriften im Widerspruch stehen, gelten sie als aufgehoben.

Der Parteitag bestätigt den Beschluß des Berliner Parteitages auf Einsetzung einer Organisationskommission. Die Kommission besteht aus den Genossen: Gottschalk, Königsberg, Raswell, Hamburg, Wihle, Niederbarnim, Frau Kemig, Berlin, Brandes, Magdeburg.

Stuhlfeld erworben. Toller, der sich noch zur Zeit in Festungshaft in Niederschönfeld befindet, wird voraussichtlich für die Uraufführung Mitte November beurlaubt werden. — Die gleichzeitige Uraufführung des Dramas „Jenseits“ von Walter Hasenclever in Prag, Dresden, Leipzig und Hamburg ist am 28. Oktober.

„Am Glockenturm“, ein neues Bühnenwerk René Schödeles, das zuerst in den „Weißen Blättern“ erschien, hat am Schauspielhaus Saarbrücken seine Uraufführung erfolgreich bestanden.

„Sonnenflammen“, die neue Oper Siegfried Wagners, fand bei der Uraufführung an der Dresdener Staatsoper eine beifällige Aufnahme.

In der Volksbühne wird gegenwärtig Strindbergs „Kamastus“, 2. und 3. Teil, in der Uebersetzung von Emil Schering mit Friedrich Rappeler als Uebetannten und Helene Fehdmer als Dame vorbereitet. — An die Volksbühne wurden Walter Kreymer vom Münchener Staatstheater und Imola von Du Long, zuletzt Kleines Theater, Berlin, verpflichtet.

Das Neue Volkstheater bringt am Freitag, den 22. Oktober zum ersten Male die beiden Werke von Hugo von Hofmannsthal „Der Tor und der Tod“ und „Elettra“. Spielleitung hat Heinz Goldberg.

Große Volksoper. In dem ersten der von der Großen Volksoper Berlin veranstalteten „8 Opern-Abende im Konzertsaal“ am 22. Oktober im Rarmorssaal Zoo werden Lola Ariol de Padilla, Melanie Kurt, Robert Huit Arlen und Duetto zum Vortrag bringen.

Das Märkische Wandertheater, das, wie berichtet, wegen eines zu erwartenden sehr hohen Festbeitrages seine Tätigkeit einstellen mußte, wird nun doch wieder eröffnet werden und zwar mit Goethes „Faust“. Herr Intendant Bessner vom staatlichen Schauspielhaus beabsichtigt, noch weitere Vorstellungen zu Gunsten der Märkischen Wanderbühne zu geben, um auf diese Weise einen Teil des Festbeitrages zu decken. Die Leitung der Märkischen Wanderbühne wurde von der Gesellschaft für Volksbildung dem Schauspieler O. Glaeser übertragen.

Heinrich Tessemow, der Berliner Baukünstler, ist als Nachfolger Boelzigs zum Leiter der Architektenschule an der Dresdener Kunstakademie ernannt worden.

Ueber Romain Rolland hat Dr. Stefan Zweig soeben ein biographisches Werk vollendet. Es führt den Titel: „Romain Rolland. Der Mann und das Werk“ und wird mit reichem Bildmaterial Anfang November bei der Utevarischen Anstalt Rütten u. Loening in Frankfurt a. Main erscheinen.

Urin T. Wegner liest im Rahmen der Dichterabende der Humboldt-Hochschule am Montag, den 18. Oktober, 8 1/2 — 7 Uhr, Lühovstraße 84 b, aus eigenen Werken. U. a. kommen zum Vortrag: „Das Warenhaus. Die Austreibung der Menschheit. Gold! Dymne an den Tod. Welt, du launst mich nicht überwinden. Zwiegespräch im Bett. Der Triumph der Mutter usw.“

Lang-Sender, Frankfurt, Fleißner-Dresden, Ludwig-Hagen, Lipinski-Leipzig, Dikmann-Frankfurt, Blumwitt-Hof, Sauerbrenn-Barmen.

Die Kommission hat unverzüglich neue Satzungen für die Partei ausgearbeitet, den Genossen zu unterbreiten und dem nächsten Parteitag zur Beschlußfassung vorzulegen.

Ueberfall auf das Neuköllner Parteibureau

In den Morgenstunden, etwa um 7 Uhr, als unser Neuköllner Parteibureau schon geöffnet war, um durch eine anwesende Schauerfrau gereinigt zu werden, erschienen 40 Mann, an bekannteren Persönlichkeiten darunter Max Sievers, um das Bureau zu besetzen. Angeführt war ihr Bestreben, das Material des Bureau zu schänden. Ein Teil der Truppe entfernte sich nach einiger Zeit, etwa 20 Mann aber blieben als Besetzung des Bureau und der Zugänge des Hauses zurück.

Dieses gewalttätige Eindringen in das Parteibureau geschah, obwohl auf der gestrigen in Neukölln abgehaltenen General-

Achtung! Parteigenossen! Bezirk Potsdam 4

Das Bureau des Bezirkssekretariats befindet sich jetzt Berlin C2, Breite Straße 8-9. Alle Zuschriften sind zu richten an den Genossen Otto Meyer. Das Bureau Berlin D112, Neue Bahnhofstr. 31, ist geschlossen. Die Bezirksleitung.

versammlung die Anregung gegeben worden war, man möge von beiden Seiten Kommissionen einsetzen, die gemeinsam die Auseinandersetzung zwischen der Mehrheit und der Minderheit herbeiführen sollen, eine Artganz, die bei ruhigem Verhalten der Neukommunisten wohl Aussicht gehabt hätte, die Zustimmung der Neuköllner Arbeiterschaft zu finden, und die geeignet gewesen wäre, eine schiefe Regelung zwischen beiden Gruppen möglich zu machen. Die Kommunisten aber scheinen des Glaubens zu sein, sie könnten ihrem Prinzip, zu dem sie sich soeben bekant haben, untreu werden, wenn sie auf die Anwendung von Gewalt verzichtet würden.

Völkerbund und Sozialismus

Wie „Daily Telegraph“ meldet, wird sich der Rat des Völkerbundes in seiner nächsten Sitzung in Brüssel mit einem Antrag Tittonis beschäftigen, dessen Ziel es ist, die formale Gleichheit der Völkerbundmitglieder in eine wirtschaftliche Gleichheit zu verwandeln. Tittoni fordert eine internationale Kontrolle und die Monopolisierung der Rohstoffe der ganzen Welt. Nach Ansicht des englischen States wird Tittonis Vorschlag von den Uebseren und vorernten Staaten, die zum Völkerbund gehören, unterstützt werden.

Wir haben uns mit dem Antrag Tittonis bereits beschäftigt. Ohne Zweifel ist es von großer Bedeutung, daß auch bürgerliche Staatsmänner durch die Praxis belehrt werden, was eine formale Gleichheit wert ist, die nicht durch die wirtschaftliche Gleichheit ergänzt und dadurch erst real gemacht wird. Vielleicht lernen Tittoni und seine Freunde im Völkerbund daraus, warum den Arbeitern die formale Gleichheit ohne die wirtschaftliche so wenig bedeutet. Vorläufig werden die Tittonis von den Verhältnissen belehrt, daß auch zwischen den Völkern die ökonomischen Gesetze herrschen, wonach die Rohstoffbesitzenden Staaten die Kapitalisten, die rohstoffarmen Staaten die Proletarier im Völkerbund sind. Dementsprechend verteilt sich dann in diesem angeblichen Bund der Gleichen Macht und Machtlosigkeit.

Tittonis Antrag wird, selbst wenn er eine Abstimmungs Mehrheit findet, an den tatsächlichen Verhältnissen nicht das geringste ändern können. Jedemfalls beginnt aber mit seiner Erkenntnis eine neue Periode des politischen Denkens, die nur durch den Sieg des Sozialismus ihren Abschluß finden kann.

Hungerkonferenz in London

In London findet, wie wir schon berichtet haben, eine Konferenz zur Bekämpfung der Welt Hungersnot statt, die von privaten Persönlichkeiten und Verbänden eingeleitet worden ist. Bezeichnend für den Fortschritt der Arbeiterklasse auf der ganzen Welt im politischen Kampf ist die Rolle, die Arbeiterführer und sozialistische Ideen auf der Konferenz einnehmen.

Hus und Jimmen wandten sich gegen die dauernde Okkupationsdrohung. „Gebt den Arbeitern“, sagte Hus, „gerechte Bedingungen, sowohl innerpolitisch, wie auch außenpolitisch, dann wird ihre Arbeitseifer unanfechtbar sein. Wendet der Arbeiterfrage euer Interesse zu. Die Geistesverfassung der Arbeiter ist durch den Krieg von Grund auf geändert worden. Die präkapitalistische Rohlenwirtschaft ist nicht der Weisheit letzter Schluss.“ Hus forderte eine internationale Arbeiterkollaboration. Jimmen die Aushebung der Wasserkräfte. Hugo Simon forderte die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und kündigte einen linkssozialistischen Antrag auf ein Referendum über die Sozialisierung der Kohle an.

Die Konferenz, die in England große Beachtung findet, wird selbstverständlich zur Lösung der Fragen wenig beitragen können. Aber sie ist sowohl als Symptom für die beginnende internationale Zusammenarbeit beachtenswert als für die Rolle, die der Sozialismus auch in bürgerlichen Konferenzen zu spielen beginnt.

Teuerungsdemonstrationen in Prag

Prag, 18. Oktober. (Tschchoslowakisches Pressebureau.) Heute nachmittag hielten die beiden Flügel der Utevarischen Sozialdemokratischen Partei zwei getrennte Volksversammlungen gegen die Teuerung des Zuckers ab. Die Teilnehmer der rechtssozialistischen Versammlung gingen ruhig auseinander, nach der Versammlung der Linken kam es jedoch zu Demonstrationen, wobei einige Kassenhausbesitzer getötet und die Polizei mit Steinen beworfen wurde. Fürn Polizeisprecher wurden verurteilt, wenn Demonstrationen verhaftet. Gegen 8 Uhr abends war die Ruhe wieder hergestellt. Von der Waffe wurde kein Gebrauch gemacht.

Spaltung der sozialistischen Proletarierjugend

Wir erhalten folgende Zuschrift: In den Reihen der „Sozialistischen Proletarierjugend“, die von denjenigen aufgebaut wurde, die aus der „Freien Soz. Jugend“ (heutigen kommunistischen Jugend) vor einem Jahre ausgeschlossen wurden, weil sie nicht Parteijugend sein wollten, sind in letzter Zeit, in ähnlicher Form wie in der U. S. P., Meinungsverschiedenheiten aufgetaucht, die sich hauptsächlich um die Frage: Offene oder mit Vorbehalten abgegebene, Erklärung für die kommunistische Jugendinternationale, und damit zusammenhängend für Weiterbestehen der S. P. J. oder Uebertritt zur kommunistischen Jugend, drehen.

Während noch vor einem Monat volle Einmütigkeit herrschte, daß für uns als S. P. J. ein Anschluß an die komm. Jugendinternationale nur unter Vorbehalten möglich sei, treten in den letzten Wochen Genossen auf, die ganz plötzlich ihre grundsätzliche Auffassung über Jugendbewegung gewechselt haben, wie man ein Hemd austauscht, und propagieren den Uebertritt zur K. J.

Sie erklären ganz offen, daß sie nicht mehr auf dem Boden des Programms der S. P. J. stehen, und daß sie nur verstanden, möglichst viel Jugendliche mit sich zu ziehen. Sie sprechen der S. P. J. jede Existenzberechtigung ab, nur tun sie das eine nicht, daß sie zu einer „existenzberechtigten“ Jugendbewegung gehen.

Von der Generalversammlung hielten diese Genossen, daß sie Beschlüsse in dieser Hinsicht annehmen werde. Das ist auch geschehen. Auf der Fortsetzung der Generalversammlung wurde eine neue Zentrale gewählt, die durchweg aus solchen Personen besteht, die für ein Aufgeben der S. P. J. eintreten.

Dies alles war nur möglich, weil an diesen Versammlungen nicht alle Mitglieder teilnehmen konnten. Eine Umfrage bei den Ortsgruppen, eine Urabstimmung, ergibt ein ganz anderes Bild. Die Genossen der alten Zentrale, die nach wie vor auf dem Boden der S. P. J. stehen, haben natürlich verweigert, irgendwelches Material denjenigen zu übergeben, die tagtäglich durch ihre Taten beweisen, daß sie mit der S. P. J. nichts mehr gemeinsam haben.

Genossen! Genossen! Wir machen Euch darauf aufmerksam, daß die Genossen Freyer, Bartoloin, Seidel, jedes Recht verweigert haben, im Namen der S. P. J. Aufforderungen zu erlassen; diese geschehen nur durch den geschäftsführenden Ausschuß der Soz. Proletarierjugend Groß-Berlin.

Sämtliche Anfragen, Nachrichten, Referentenanforderungen sind zu richten an die Adresse: Willi Schwarz, Berlin D. 31, Bromberger Straße 5. Der geschäftsführende Ausschuß der Soz. Proletarierjugend Groß-Berlin.

Willi Schwarz, Walter Reinsberg, Hans Schleimann.

Erklärung.

Von den Mitgliedern der „neuen Zentrale“ wird gegen die Genossen Schwarz und Reinsberg der Vorwurf erhoben, daß sie die Bücher nicht richtig geführt haben und daß sie beim Verkauf von Broschüren den Uebersehungsverlust in ihre Tasche gesteckt haben. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß der Genosse Müller, der jetzt auch der „neuen Zentrale“ angehört, Rasse und Exzitation mit revidiert und durch seine Unterschrift die Nichtigkeit der Geschäftsführung bestätigt hat. Gleichzeitig hat die Generalversammlung Entlastung erteilt. Nun mögen die Mitglieder entscheiden, wer bei den augenblicklichen Differenzen sich von geschäftlichen oder persönlichen Motiven leiten läßt. Hans Schleimann, Revisor.

Aussichten der Zukererte. Nach Mitteilungen aus Fachkreisen wird der erste Reinzucker neuer Ernte in der Gegend von Halle schon Ende dieser Woche verladen. Man rechnet für das Deutsche Reich nach neuerer Feststellung mit einem Ertrag von 22 Millionen Zentner gegenüber einem vorjährigen Ertrag von 17 Millionen Zentner. Hierzu treten noch 4 Millionen Zentner Vorräte. Die Zukererte, die im Oktober pro Kopf ein Pfund betrug, soll um ein halbes Pfund erhöht werden.

Keine Schließung von Schulen. Die Behauptung der Provinzpresse, daß die berühmte Landeschule Pforta, in der einige unserer größten Dichter erzogen worden sind, geschlossen wird, trifft nicht zu. Auch das berühmte Dom-Gymnasium in Raumberg wird nicht aufgelöst, sondern aus Ersparnisgründen nur mit einer anderen höheren Schule des Ortes räumlich zusammengelegt. — Das Kultusministerium beabsichtigt aus Gründen planmäßiger Sparsamkeit wohl die Zusammenlegung von Schulen aber keineswegs einen Abbau.

Die Papiernot in Sowjet-Russland. In Anbetracht der steigenden Papiernot sollen ab 15. Oktober in Sowjet-Russland die Privat-Abonnements und der Einzelverkauf der Zeitungen aufhören. Die Zeitungen werden nur an öffentliche Institutionen geliefert. — Für die Herstellung von Papiergeld werden täglich 600 Kub. Papier verbraucht. Die Sowjet-Regierung hat Maßnahmen zum Anlauf von Papier besser Qualität im Auslande ergriffen. Es wird die Gründung einer großen staatlichen Papierfabrik geplant.

Russland zahlt 15 Millionen Goldrubel an Polen. Die Warschauer Blätter berichten, wird die russische Regierung Polen einen Anteil von 15 Millionen Rubel Gold an der russischen Staatsbank zuerkennen. Diese Forderung der polnischen Regierung soll durch Ueberlassung von Rohstoffen und durch Gewährung von Holzausbeutungsrechten an Polen ausgeglichen werden.

Gegen die Wiederannahme der Handelsbeziehungen mit Russland. Wie aus London gemeldet wird, hat das Komitee der Londoner Börse an Lloyd George eine neues Schreiben gerichtet, in dem es wiederum gegen den Abschluß eines Handelsabkommens mit Russland protestiert, da Russland nicht die von früheren Regierungen gemachten Schulden anerkennt.

Die belgischen Sozialisten zur Regierungskoalition. Die Vereinerung der Brüsseler Sozialdemokraten hat in einer Versammlung Stellung genommen zu der Frage, ob die Sozialisten auch Vernehmer an der Regierung teilnehmen sollen. Vandervelde hat erklärt, die Frage sei nicht mehr diskutabel, wenn die Militärdienstzeit nicht auf 6 Monate herabgesetzt, und wenn das Streikrecht nicht in vollem Umfang gewährleistet werde.

Die belgische Eisenindustrie. Von 51 bestehenden Hochofenbelagern sind zur Zeit 21 im Betrieb, 30 außer Betrieb. Seit dem 1. Juli sind 4 Hochofen angeblasen worden. Am 1. Oktober 1918 blühte man 55 Hochofen, wovon damals 50 unter Feuer standen.

Japan nimmt die Insel Sachalin. Ein Aufruf aus Moskau meldet, daß Japan sich der Insel Sachalin bemächtigt habe.

Militärkonvention der Nordbaltiken. In Riga hat eine Konferenz zwischen den militärischen Vertretern von Finnland, Estland, Lettland und der Ukraine begonnen, um über die Frage einer Militärkonvention zu beraten.

Die Unabhängigkeit Weißrusslands. Die russisch-polnische Friedenskonferenz in Riga hat durch den Obmann der russischen Delegation und durch den Obmann der polnischen Delegation, Domski, die Unabhängigkeit Weißrusslands offiziell anerkannt. Die Frage, welche von den beiden westrussischen Regierungen als rechtmäßige betrachtet werden soll, wird vorläufig nicht erörtert werden.

